

An die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Raunheim
Am Stadtzentrum 1
65479 Raunheim



Fraktionsvorsitzender:
Giorgio Nasseh

Stellvertreter*innen:
Fatih Güler
Hans-Joachim Hartmann

Kontakt:
Giorgio.nasseh@gmail.com

Datum:
30.09.2026

Online:
www.raunheimer-spd.de
www.facebook.de/SPDRaunheim
www.instagram.com/Raunheimer_SPD

Änderungsantrag der SPD/FDP Fraktion zur Drucksache FA/2026-145

Sachstandsbericht zu allen ausstehenden Beschlüssen und Prüfaufträgen der Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die SPD/FDP Fraktion beantragt, den Beschlussvorschlag der Drucksache FA/2026-145 (WsR Antrag Sachstandsbericht zu ausstehenden Beschlüssen) wie folgt zu fassen:

Beschlussvorschlag

1. Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung eine vollständige Übersicht aller Beschlüsse und Prüfaufträge vorzulegen, die bislang nicht vollständig umgesetzt oder abschließend beantwortet sind, ohne zeitliche Begrenzung. Die Übersicht ist nicht auf die Anträge einzelner Fraktionen beschränkt, sondern erfasst alle Fraktionen, den Ausländerbeirat sowie Vorlagen des Magistrats gleichermaßen.
2. Zu jedem Beschluss sind darzustellen: die Drucksachennummer und das Datum der Beschlussfassung, die bereits eingeleiteten oder umgesetzten Maßnahmen, der aktuelle Sachstand, die Gründe für eine bislang nicht erfolgte Umsetzung sowie der voraussichtliche Zeitrahmen für die weitere Bearbeitung.
3. Darüber hinaus ist zu jedem Beschluss darzustellen, welcher Bearbeitungsspielraum der Verwaltung besteht: ob und in welchem Umfang die Umsetzung an rechtliche, finanzielle, personelle oder organisatorische Grenzen stößt, welche Entscheidungen hierzu noch von der Stadtverordnetenversammlung zu treffen sind und ob der Magistrat empfiehlt, den Beschluss aufrechtzuerhalten, zu ändern oder aufzuheben.
4. Die Übersicht wird der Stadtverordnetenversammlung bis zur ersten Sitzung im Jahr 2027 vorgelegt und anschließend halbjährlich fortgeschrieben.

NAH BEI DIE RAUNHEIMER LEUT.

2026-202

Begründung

Die WsR Fraktion spricht mit ihrem Antrag ein berechtigtes Anliegen an: die Stadtverordnetenversammlung muss wissen, was aus ihren Beschlüssen wird. Die SPD/FDP Fraktion unterstützt dieses Ziel. Der Antrag greift allerdings zu kurz, weil er sich im Wesentlichen auf die eigenen Anträge der WsR Fraktion beschränkt. Das Problem betrifft aber nicht eine Fraktion, sondern das gesamte Gremium.

Alle Fraktionen und der Ausländerbeirat haben über die Jahre Anträge gestellt und Prüfaufträge erteilt, deren Umsetzungsstand heute nicht mehr überschaubar ist. Eine Auswahl nach Antragsteller oder nach Zeitraum würde ein verzerrtes Bild ergeben und die Verwaltung zudem mit wiederholten Einzelanfragen jeder Fraktion belasten. Sinnvoller ist eine einzige, vollständige Übersicht, die allen Stadtverordneten dieselbe Grundlage gibt.

Die SPD/FDP Fraktion erkennt dabei nicht, dass die Verwaltung in den vergangenen Jahren an ihre Grenzen gekommen ist. Zermürbende Wahlkämpfe, der Bürgerentscheid und vakante Stellen in Schlüsselpositionen haben Kraft gebunden, die für die Umsetzung von Beschlüssen gefehlt hat. Dass Beschlüsse liegen geblieben sind, ist deshalb nicht in erster Linie ein Vorwurf an die Beschäftigten, sondern eine Folge der Rahmenbedingungen. Die frühere Leitung des Fachbereichs 1 hatte bereits begonnen, eine solche Übersicht zu erstellen. Mit ihrem Ausscheiden ist diese Arbeit in Vergessenheit geraten. Der Antrag knüpft daran an und will diese Vorarbeit sichern, statt sie ein zweites Mal verloren gehen zu lassen.

Entscheidend ist dabei nicht nur der Sachstand, sondern der Bearbeitungsspielraum der Verwaltung. Ein Beschluss, der aus rechtlichen oder finanziellen Gründen nicht umsetzbar ist, sollte nicht jahrelang als offen mitgeführt werden. Gerade in der laufenden Haushaltskonsolidierung ist es notwendig, dass die Stadtverordnetenversammlung erfährt, welche Beschlüsse mit den vorhandenen Mitteln und dem vorhandenen Personal überhaupt umgesetzt werden können. Sie kann dann entscheiden, Prioritäten zu setzen, Beschlüsse anzupassen oder aufzuheben. Das schafft Klarheit für die Verwaltung und Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Eine halbjährliche Fortschreibung stellt sicher, dass die Übersicht nicht zu einer einmaligen Momentaufnahme wird, sondern zu einem dauerhaften Instrument der Kontrolle, das dem gewählten Beschlussorgan seine Aufgabe erleichtert.

Mit freundlichen Grüßen



Giorgio Nasseh
Fraktionsvorsitzender

NAH BEI DIE RAUNHEIMER LEUT.